

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Januar 2017

Nachrichten von COFACE – Families Europe	1
Neue <i>Policy Briefs</i> zu Familie und Digitalisierung	1
COFACE – Families Europes Beitrag zu UN-Armutstagung	1
Nachrichten aus den EU-Institutionen	1
Europäische Säule sozialer Rechte: Kommission bereitet nächste Schritte vor	1
EU ruft Hilfsprojekt für Flüchtlingskinder in Griechenland ins Leben	2
Öffentliche Konsultation zu EU-Mehrwertsteueraktionsplan	2
Malta übernimmt die EU-Ratspräsidentschaft.....	2
Nachrichten aus den europäischen Staaten	2
Frankreich stärkt Work-Life-Balance	2
Schweiz steuert Ausbau der Kindertagesbetreuung	3
Britische Kinderrechtsorganisation prangert prekäre Lebensbedingungen von Kindern an.....	3
Malta reformiert Kinderschutz	3
Schweden will Gewinne im Wohlfahrtssektor begrenzen	3
Russland: Europarat besorgt über geplante Entkriminalisierung von häuslicher Gewalt	3
Spanien erweitert Väterzeit.....	4
Weitere Nachrichten	4
Europäische Kampagne zu vermissten geflüchteten Kindern und Jugendlichen	4
FRA fordert stärkeren Kinderschutz bei Eurodac-Reform	4
UNRWA-Aktion „Share your warmth“	4
Europäischer Menschenrechtsgerichtshof: Urteil zu Leihmutterchaftsverbot	4
Berichte und Studien	5
Neue Arbeitspapiere des <i>familiesandsocieties</i> -Netzwerks.....	5
Arbeitspapier zur UN-Agenda 2030 in Deutschland, Estland und Schweden	5
Vergleichsstudie über Altern und Gesundheit in fünf Ländern	5
Neue Policy Briefs bei der Europäischen Plattform für Investitionen in Kinder	6
Evaluierungsbericht zum Europäischen Sozialfonds.....	6
Factsheets zu Deinstitutionalisierung in Europa	6
EAPN-Bericht: Zugang zu Wohnraum und Gesundheitsleistungen in Europa.....	6
Studie des Europarats zu Kinderrechten in der Biomedizin	7
Bevorstehende Veranstaltungen	7

Nachrichten von COFACE – Families Europe

Neue *Policy Briefs* zu Familie und Digitalisierung

Aus den Diskussionen zum Thema Digitalisierung, die u.a. auf der gemeinsamen Konferenz von COFACE – Families Europe und der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V. im November 2016 in Berlin geführt wurden, sind inzwischen fünf *Policy Briefs* hervorgegangen, die nun auf der COFACE-Internetpräsenz verfügbar sind. Sie beschäftigen sich mit Kindern als Nutzern digitaler Angebote, den Risiken und Chancen von Big Data, den Kompetenzen, die es in der digitalen Welt braucht, der digitalen Ökonomie und der Bedeutung von technologischen Innovationen für soziale Dienstleistungen.

- [Zu den Policy Briefs](#) 

COFACE – Families Europe's Beitrag zu UN-Armutstagung

Mit einer schriftlichen Erklärung leistet COFACE – Families Europe einen Beitrag zur Tagung der UN-Kommission für soziale Entwicklung, die am 10. Februar in New York stattfinden wird. Auf der Tagesordnung stehen Strategien zur Bekämpfung der Armut, um eine nachhaltige Entwicklung für alle Menschen zu erreichen. Das Papier von COFACE – Families Europe bringt die Perspektive von Familien in Europa in die Debatte ein. Neben ausgewählten empirischen Daten beleuchtet es die Rolle von zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Unterstützung von Familien in Europa und diskutiert, welche bestehenden und umzusetzenden Maßnahmen zur Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele in Europa beitragen können.

- [Zum Papier](#)  

Nachrichten aus den EU-Institutionen

Europäische Säule sozialer Rechte: Kommission bereitet nächste Schritte vor

Am 23. Januar hatte die EU-Kommission zu einer hochrangigen Konferenz zur Europäischen Säule sozialer Rechte (ESSR) eingeladen. Über 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erörterten die Ergebnisse der öffentlichen Konsultation zur ESSR und die nun einzuleitenden Schritte. Auf dieser Grundlage wird die Kommission im März einen Vorschlag vorlegen. Mit der Säule soll eine Reihe wesentlicher Grundsätze zur Unterstützung gut funktionierender und fairer Arbeitsmärkte und Wohlfahrtssysteme festgelegt werden. Sie ist konzipiert als Bezugsrahmen für das Leistungsscreening der teilnehmenden Mitgliedstaaten im Bereich Beschäftigung und Soziales und soll vor allem als Kompass für eine erneuerte Konvergenz innerhalb Europas dienen. Im November soll der Vorschlag der Kommission auf einem europäischen Sozialgipfel in Göteborg diskutiert werden.

Das Europäische Parlament hatte am 19. Januar seine Resolution zur ESSR beschlossen. Das EP fordert die Kommission auf, Vorschläge für eine solide europäische Säule sozialer Rechte zu unterbreiten, die nicht auf eine Grundsatzklärung oder gute Absichten beschränkt sind, sondern die sozialen Rechte durch konkrete und spezifische Instrumente (Rechtsvorschriften, Politikgestaltungsmechanismen und Finanzierungsinstrumente) stärken. Die ESSR müsse den Grundstein für neue Rechte legen, wo dies angesichts neuer Technologien und sozioökonomischer Entwicklungen gerechtfertigt sei.

EU ruft Hilfsprojekt für Flüchtlingskinder in Griechenland ins Leben

Die EU-Kommission hat am 25. Januar gemeinsam mit UNICEF ein neues Projekt auf den Weg gebracht, das über 6000 in Griechenland lebenden erwachsenen und jugendlichen Flüchtlingen Unterkünfte und psychosoziale Betreuung bietet. In diesem Rahmen werden 8,5 Mio. Euro aus dem europäischen Nothilfeinstrument bereitgestellt, um vor allem Kindern und unbegleiteten Jugendlichen bei der Bewältigung ihrer Traumata Hilfe zu leisten, teilte die Kommission mit. Aufgrund ihrer persönlichen Erlebnisse und Lebensbedingungen in Flüchtlingsunterkünften litten viele der Jugendlichen unter schweren psychosozialen Störungen. Zudem hätten viele von ihnen im Durchschnitt zwei Jahre keine Schule mehr besucht.

Öffentliche Konsultation zu EU-Mehrwertsteueraktionsplan

Bis zum 20. März 2017 haben alle Interessierten die Möglichkeit an einer öffentlichen Konsultation zum Aktionsplan der EU-Kommission im Bereich der Mehrwertsteuer teilzunehmen. Der Mehrwertsteueraktionsplan der Kommission verfolgt das Ziel, Vorschriften zu modernisieren, rechtliche Beschränkungen, die nicht mehr zeitgemäß sind, aufzuheben und gleichzeitig ein Schrumpfen des Steueraufkommens zu verhindern. Eine derartige Modernisierung ist schwierig, da alle Beschlüsse in diesem Bereich im Rat einstimmig gefasst werden müssen.

Der Vorschlag der Kommission will den Mitgliedstaaten eine größere Flexibilität, insbesondere bei den ermäßigten Steuersätzen, einräumen. Demnach könnte es auch einen erweiterten nationalen Spielraum geben, einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz auf diejenigen Produkte anzuwenden, die für Familien unerlässlich sind. So kann man in der öffentlichen Konsultation nun gezielt dazu Stellung nehmen, ob es eine regelmäßig zu aktualisierende Liste mit Gütern geben soll, auf die reduzierte Mehrwertsteuersätze angewendet werden dürfen.

- [Zur Konsultation](#)

Malta übernimmt die EU-Ratspräsidentschaft

Seit Beginn des Jahres hat Malta für die erste Jahreshälfte 2017 den Vorsitz im Ministerrat der EU inne. Damit endet die Trio-Ratspräsidentschaft der Niederlande, der Slowakei und von Malta. Es ist der erste Ratsvorsitz Maltas, das seit dem Jahr 2004 Mitglied der Europäischen Union ist. Migration, Binnenmarkt und Sicherheit lauten die obersten Prioritäten der Ratspräsidentschaft. Auf der Agenda findet sich jedoch auch Sozialpolitisches: Der maltesische Vorsitz werde versuchen, Fortschritte bei der Geschlechtergerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen, einschließlich eines Vorschlags zur Verbesserung des Geschlechterverhältnisses in den Vorständen börsennotierter Unternehmen. Malta werde außerdem den Kampf gegen geschlechterspezifische Gewalt fortsetzen, insbesondere durch den Austausch von bewährten Praktiken und Informationen über bestehende Gesetzgebungen, Richtlinien und Strategien sowie statistischer Daten und Studien. Darüber hinaus werde eine Konferenz auf Ministerebene zu LGBTIQ-Themen organisiert, um den Strategieplan der Kommission in diesem Bereich weiterzuführen.

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Frankreich stärkt Work-Life-Balance

Seit dem Jahreswechsel gilt für französische Arbeitnehmer/innen das „Recht auf Abschalten“. Demnach dürfen Angestellte in Unternehmen mit mehr als 50 Mitarbeiter/innen nach Feierabend berufliche Emails

oder Anrufe ignorieren bzw. die entsprechenden Dienstgeräte abschalten. Damit soll eine bessere Vereinbarkeit von Arbeits- und Privatleben bei Aufrechterhaltung entsprechender Grenzen gewährleistet werden.

Schweiz steuert Ausbau der Kindertagesbetreuung

2003 trat das schweizerische Bundesgesetz über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung in Kraft. Seitdem wurde die ursprünglich auf acht Jahre befristete Geltungsdauer bereits zweimal um je vier Jahre verlängert. Aufgrund der großen Nachfrage werden die eingeplanten Mittel voraussichtlich nicht ausreichen, sodass nun eine Prioritätenordnung erlassen wurde, die eine möglichst ausgewogene regionale Verteilung der noch verfügbaren Gelder zum Ziel hat.

Britische Kinderrechtsorganisation prangert prekäre Lebensbedingungen von Kindern an

Die britische Kinderrechtsorganisation CRAE (Children's Rights Alliance for England) führt jährlich eine Erhebung zu den Lebensbedingungen von Kindern im Vereinigten Königreich durch. Dabei hat sie festgestellt, dass die Zahl der Kinder, die in untragbaren materiellen Verhältnissen leben, 2016 gestiegen ist. Der Bericht beleuchtet neben Armut auch andere Aspekte wie Gewalt, sexuelle Ausbeutung, Zugang zu Kinder- und Jugendhilfeleistungen sowie zum Gesundheitssystem. Damit leistet er auch einen Beitrag zur Bewertung, inwiefern England seine Verpflichtungen im Rahmen der UN-Kinderrechtskonvention erfüllt. CRAE fordert nun von der Regierung, öffentliche Behörden dazu zu verpflichten, bei jeder Entscheidung, bei der Kinder betroffen sind, deren Wohlergehen explizit zu berücksichtigen.

Malta reformiert Kinderschutz

Das maltesische Parlament hat am 10. Januar ein umfassendes Kinderschutzgesetz verabschiedet, das die bisherigen vereinzelt Regelungen reformiert, ergänzt, zusammenfasst und konkretisiert. Es erklärt das Kindeswohl zum obersten Prinzip des Kinderschutzes und enthält damit eine gesetzliche Verpflichtung und Verantwortung für die allgemeine Öffentlichkeit und Fachkräfte, jede Misshandlung zu melden, von der sie Kenntnis haben oder erlangen. Es stellt sicher, dass solche Fälle sofort untersucht werden und Maßnahmen innerhalb einer festgelegten Zeit ergriffen werden.

Schweden will Gewinne im Wohlfahrtssektor begrenzen

Ein neuer Flash Report des Europäischen Netzwerks für Sozialpolitik beleuchtet die aktuelle schwedische Debatte um Begrenzungen von Profiten im Wohlfahrtsbereich. Der Kurzbericht erläutert die Hintergründe dieser Regierungsinitiative und welche Maßnahmen konkret geplant sind.

➤ [Zum Flash Report](#)  

Russland: Europarat besorgt über geplante Entkriminalisierung von häuslicher Gewalt

Der Generalsekretär des Europarates Thorbjørn Jagland hat seine „tiefe Besorgnis“ darüber erklärt, dass ein vom russischen Parlament im Januar verabschiedetes Gesetz häusliche Gewalt entkriminalisiere. Bislang musste, wer Familienmitglieder schlug, mit Haft von bis zu zwei Jahren rechnen. Nun soll häusliche Gewalt nicht mehr als Straftat, sondern lediglich als Ordnungswidrigkeit gewertet, wenn sie nicht häufiger als einmal im Jahr vorkommt und keine Blutergüsse oder Knochenbrüche zur Folge hat.

Spanien erweitert Väterzeit

Seit Beginn des Jahres haben spanische Väter Anspruch auf einen Monat Väterzeit rund um die Geburt ihres Kindes – doppelt so viel wie bisher. Dabei handelt es sich um eine Auszeit, die nicht übertragbar ist. Väter können nämlich auch einen Teil der 16 Wochen, die der Mutter zustehen, nutzen. Lediglich die sechs Wochen nach der Geburt sind nicht übertragbar. Im Oktober hatte das spanische Parlament ein Gesetz vorgeschlagen, das deutlich über die nun zugestanden vier Wochen für Väter hinausgeht. Der spanische Familienverband UNAF (Unión de Asociaciones Familiares) setzt sich dafür ein, dass die nichtübertragbaren Auszeiten für Frauen und Männern gleich verteilt sind, um die Geschlechtergerechtigkeit in den Familien zu fördern.

Weitere Nachrichten

Europäische Kampagne zu vermissten geflüchteten Kindern und Jugendlichen

Missing Children Europe hat eine Kampagne ins Leben gerufen, die unter dem Slogan „Mention the unmentioned“ (deutsch etwa: Erwähnt die Nichtgenannten) auf das Schicksal der Kinder und Jugendlichen aufmerksam macht, die auf der Flucht in Europa verschwunden sind bzw. als vermisst gelten. Anlässlich ihres Ministerratstreffens wurden Ende Januar die Justiz- und Innenminister der EU-Mitgliedstaaten aufgefordert, sich diesem Thema zuzuwenden.

- [Zum Kampagnenportal](#)

FRA fordert stärkeren Kinderschutz bei Eurodac-Reform

Im Auftrag des Europäischen Parlaments hat die EU-Grundrechteagentur FRA Stellung zur geplanten Reform von Eurodac genommen. Eurodac ist die europäische Datenbank für die Fingerabdrücke von Menschen, die in der EU Asyl suchen. Die Europäische Kommission will die entsprechenden Verordnung reformieren und erweitern, irreguläre Migration besser kontrollieren zu können. Unter anderem soll das Alter, ab dem die Daten erhoben werden, von 14 Jahren auf 6 Jahre abgesenkt werden. Auch vor diesem Hintergrund fordert die FRA strenge Kinderschutzmaßnahmen, die verhindern, dass Kinder nicht genötigt werden, ihre Fingerabdrücke abzugeben, dass sie verstehen, was mit ihnen passiert und dass ihr Recht auf Asyl von diesem Verfahren unbeeinträchtigt bleibt.

- [Zur ausführlichen Stellungnahme](#)  

UNRWA-Aktion „Share your warmth“

Das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) hat eine neue Kampagne ins Leben gerufen, die palästinensische Familien, die nach Syrien geflüchtet sind, dabei unterstützen will, die kalten Monate zu bewältigen.

- [Zur Kampagne](#) 

Europäischer Menschenrechtsgerichtshof: Urteil zu Leihmutterschaftsverbot

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat die Position von Staaten gestärkt, in denen eine Leihmutterschaft verboten ist. Am 24. Januar wurde die Klage eines italienischen Paares abgelehnt, das in

Russland ein Kind von einer Leihmutter hatte zur Welt bringen lassen. Eizelle und Samen stammten von unbekanntem Spendern, deshalb bestand keine biologische Verwandtschaft zu den in der russischen Geburtsurkunde eingetragenen Eltern. Das Kind wurde dem Paar in Italien entzogen, wogegen das Paar geklagt hatte. Zunächst mit Erfolg, doch das Urteil des übergeordneten Gerichts fällt nun anders aus: Die italienischen Behörden durften dem Paar das Kind wegnehmen, um das nationale Leihmutterverbot durchzusetzen, heißt es in der Erklärung des Gerichtshofs. Da weder der Mann noch die Frau mit dem Kind biologisch verwandt seien und der Junge nur kurze Zeit bei dem Paar gelebt hatte, überwiege in dem Fall das Interesse des Staates, „Unordnung zu verhindern“.

Berichte und Studien

Neue Arbeitspapiere des *familiesandsocieties*-Netzwerks

Auf dem Internetportal des *familiesandsocieties*-Forschungsverbundes finden sich vier neue Arbeitspapiere. Das Working paper 65 „Vulnerability of families with children: experts' opinions about the future and what families think about it“ fragt danach, wie sich soziale Gefährdung von Familien mit Kindern in Europa in Zukunft entwickeln wird. Grundlage sind Befragungen von Experten sowie von Familien selbst. Dabei werden die wichtigsten gesellschaftlichen Triebkräfte und politischen Maßnahmen erörtert, die als Einflussfaktoren zu sehen sind. Thematisch ähnlich, methodisch anders angelegt ist das Working paper 66 unter dem Titel „Futures of families in times of multifaceted societal changes: a foresight approach“. Working paper 67 stellt wiederum einen zusammenfassenden Bericht über das Arbeitsfeld 8 des *familiesandsocieties*-Projektes dar. Dieses befasst sich mit Familien mit Migrationshintergrund bzw. Familien, die ethnischen Minderheiten angehören: Was lässt sich über deren Familienformen, Partnerschaftsarrangements und Geburtenverhalten sagen? Das Arbeitsfeld 5 hingegen fragt nach Familienformen im Allgemeinen und wirft insbesondere einen Blick darauf, inwiefern diese einen Einfluss auf die Entwicklung von Kindern haben. Die Ergebnisse dieses Felds finden sich im aktuellsten Papier mit der Nummer 68.

- [Zu den Working papers](#) 

Arbeitspapier zur UN-Agenda 2030 in Deutschland, Estland und Schweden

Mit der Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung haben sich die 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen zur Geschlechtergleichstellung als nachhaltigem Entwicklungsziel bekannt. Die Verantwortung für die Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer Ziele liegt auf der nationalen Ebene. Die Staaten stehen vor der Aufgabe, die Ziele in konkrete Maßnahmen umzuwandeln, um diese zu erreichen. Ein neues Arbeitspapier der Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitischen Entwicklungen in Europa gibt einen Überblick über die aktuellen Entwicklungen der Umsetzung der Agenda 2030 in Deutschland, Estland und Schweden. Dabei liegt der Fokus auf den Themen Geschlechtergleichstellung und Anerkennung von Care-Arbeit.

- [Zum Arbeitspapier](#) 

Vergleichsstudie über Altern und Gesundheit in fünf Ländern

Weltweit lebt die Bevölkerung immer länger und damit steigt die Zahl der älteren Menschen. Um diesem Umstand gerecht zu werden, hat die Weltgesundheitsversammlung im Mai 2016 in Genf den globalen Aktionsplan für Altern und Gesundheit verabschiedet. Eine internationale Vergleichsstudie im Auftrag des schweizerischen Bundesamtes für Gesundheit zeigt auf, mit welchen Strategien und politischen Maßnahmen

in fünf Ländern den Herausforderungen begegnet wird: der Schweiz, Frankreich, den Niederlanden, Norwegen und Japan.

- [Zum Bericht](#) 

Neue Policy Briefs bei der Europäischen Plattform für Investitionen in Kinder

Mit dem Umzug der Webseiten der Europäischen Plattform für Investitionen in Kinder (EPIK) auf die Internetpräsenz der Europäischen Kommission finden sich dort nun aktuelle *policy briefs* zu familienpolitischen Themen, in denen aktuelle Empirie und Forschungsergebnisse präsentiert werden. Die Themen reichen von frühkindlicher Bildung über Bildungszugänge von Kindern mit Migrationshintergrund bis zur Rolle der EU-Förderfonds bei der Kindertagesbetreuung in den europäischen Ländern.

- [Zu den Policy Briefs](#) 

Evaluierungsbericht zum Europäischen Sozialfonds

Mit Unterstützung des Europäischen Sozialfonds (ESF) haben bis Ende 2014 mindestens 9,4 Millionen Menschen in Europa eine Arbeit gefunden, knapp 610.000 davon in Deutschland. 8,7 Millionen Menschen europaweit konnten mit Unterstützung des ESF an einer Qualifizierung teilnehmen oder ein Zertifikat erwerben, in Deutschland über 600.000. Dies geht aus der am 5. Januar 2017 von der EU-Kommission vorgelegten Evaluierung des Europäischen Sozialfonds für die Förderperiode 2007 bis 2013 hervor. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an ESF-Maßnahmen waren gleichmäßig verteilt auf Nichterwerbstätige (EU28: 36 Prozent, Deutschland: 40 Prozent), Erwerbstätige (EU28: 33 Prozent, Deutschland: 36 Prozent) und Arbeitslose (EU28: 30 Prozent, Deutschland: 24 Prozent). Zu den wichtigsten Zielgruppen gehörten Geringqualifizierte, junge Menschen und benachteiligte Personen.

Der Bericht beleuchtet außerdem, dass der ESF auch die Zusammenarbeit zwischen den Stakeholdern fördert sowie lokale und regionale Innovationen unterstützt, die teilweise anschließend auf nationaler Ebene übernommen wurden. So trägt er zur Modernisierung der öffentlichen Arbeitsverwaltungen und anderen für aktive Arbeitsmarktmaßnahmen zuständigen Einrichtungen bei. In weniger entwickelten Regionen hat der Fonds Reformen in den Bereichen Bildung, Justiz und öffentliche Verwaltung unterstützt.

Factsheets zu Deinstitutionalisierung in Europa

Die Kampagne „Opening Doors for Europe's Children“, setzt sich für eine Deinstitutionalisierung im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe in Europa ein. Statt in Heimen seien Kinder, die aus der Obhut ihrer Eltern genommen werden, in Wohngruppen auf Gemeindeebene oder in Pflegefamilien unterzubringen. Wie die Situation in 15 europäischen Ländern aussieht, beleuchten aktualisierte factsheets, die kürzlich veröffentlicht wurden. Sie finden sich auf der Internetpräsenz der Kampagne, auf der sich ebenfalls Erläuterungen zu den Zielen und Methoden von „Opening Doors“ finden.

- [Zu den factsheets](#) 

EAPN-Bericht: Zugang zu Wohnraum und Gesundheitsleistungen in Europa

Das Europäische Netzwerk gegen Armut (EAPN) hat einen Bericht zu den Themen Wohnraum- und Gesundheitsversorgung in der EU veröffentlicht. Neben einem Überblick über die wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Situation finden sich darin auch politische Empfehlungen, um die bestehenden Probleme anzugehen. Das EAPN sei zunehmend alarmiert über den mangelnden Zugang zu erschwinglichen, qualitativ

hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise. Diese spielten jedoch eine bedeutende Rolle für die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung.

➤ [Zum Bericht](#)  

Studie des Europarats zu Kinderrechten in der Biomedizin

Der Europarechtsausschuss für Bioethik hat eine Studie veröffentlicht, die die Rechte von Kindern in der Biomedizin zum Thema hat. Sie befasst sich mit den Herausforderungen, die die wissenschaftlichen und technologischen Entwicklungen für diesen Rechtsbereich beinhalten. Die Ergebnisse sollen helfen, die bisherigen internationalen Rechtsinstrumente zu überprüfen und ggf. anzupassen.

➤ [Zur Studie](#)  

Broschüre „Netzwerke der sozialen Arbeit in Europa“

Das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen hat in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Verein für öffentliche und soziale Fürsorge eine Broschüre aktualisiert, die einen Überblick gibt über die „Netzwerke der sozialen Arbeit in Europa. Sozialpolitisch relevante Organisationen auf europäischer Ebene unter Berücksichtigung der deutschen Verbandslandschaft.“

➤ [Zur Broschüre](#)

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
07. Feb. 2017 europaweit	Safer Internet Day	Insafe Network
08.-09. Feb. 2017 Driebergen, Niederlande	Unfolding Human Potential. A dialogue on core qualities and practices needed in education	nivoz
27.-28. März 2017 Trier, Deutschland	EU Disability Law and the UN Convention on Rights of Persons with Disabilities	ERA Academy of European Law
27.-30. März 2017 Düsseldorf, Deutschland	Creating a Social and Fair Europe for all Young People Conference	Deutscher Jugendhilfetag
29. März 2017 Brüssel, Belgien	Ending Gender-Based Violence in Europe. Implementing Strategies for Protection and Prevention	Public Policy Exchange
11.-12. Mai 2017 Prag, Tschechien	Families on the Move - Family policy & practice at the Centre of Europe	COFACE – Families Europe
21. Juni 2017 Berlin, Deutschland	Measuring Children's Rights: Why We Need Indicators	The National Coalition Germany

04.-07. Juni 2017 Dublin, Irland	World Congress on Family Law and Children's Rights	World Congress on Family Law and Children's Rights
08.-09. Juni 2017 Galway, Irland	Rediscovering Empathy; Values, Relationships and Practice in a Changing World – 2017 UNESCO Child and Family Research Centre 8th Biennial International Conference	UNESCO Child and Family Research Centre
25.-29. Juli 2017 Amsterdam, Niederlande	Family Law and Family Realities – ISFL World Conference	International Society for Family Law (ISFL)
29. Juli - 4. Aug. 2017 Caux, Schweiz	CATS (Children as actors for transforming society) Forum 2017	CATS Europe
23.-24. Nov. 2017 Pamplona, Spanien	Towards an effective implementation of community based services in child care	FICE Spain

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin · Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78
E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: <http://ag-familie.de>
Redaktion: Christine Ludwig, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

